



Verfassungsschutzbericht 2022: Zahl gewaltorientierter Rechtsextremisten gestiegen

Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, haben am 20. Juni 2023 im Rahmen der Bundespressekonferenz den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022 erläutert. Wie der Bericht zeigt, ist weiterhin der Rechtsextremismus die größte extremistische Bedrohung in Deutschland. Mit Sorge beobachtet die Ministerin den Anstieg der Angriffe auf Geflüchtete. Im Bereich des Linksextremismus sei die Hemmschwelle gesunken, politische Gegner oder die Polizei mit großer Brutalität anzugreifen. Für das Jahr 2022 seien insgesamt 35.452 Straftaten mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen worden. Bei 2.847 dieser Straftaten war Gewalt Bestandteil der Handlungen.

Rechtsextremismus

Das rechtsextremistische Personenpotenzial umfasst laut dem Bericht Ende 2022 nach Abzug von Mehrfachzuordnungen 38.800 Personen. Im Vorjahr 2021 betrug die Zahl noch 33.900. Die Zahl der Rechtsextremisten, die als gewaltorientiert eingestuft werden, sei auf 14.000 Personen angestiegen und somit um 500 Personen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Im Vergleich zum Jahr 2021 stieg im Berichtsjahr 2022 die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten auf 1.016 und damit um 7,5 Prozent (2021: 945). Die Körperverletzungsdelikte bildeten mit 86,5 Prozent an der Gesamtzahl der Gewaltdelikte den größten Anteil und bewegten sich somit in etwa auf dem gleichen prozentualen Niveau wie im Vorjahr (2021: 82,9 Prozent). Bei den rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungsdelikten mit fremdenfeindlichem Hintergrund ist ein Anstieg von 16,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Laut dem Bericht kam es im Jahr 2022 zu 751 solcher Straftaten. Im Jahr 2021: waren es noch 646. Ebenso stieg die Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte von 686 im Jahr 2021 auf 796 (Anstieg +16,0 Prozent) im Jahr 2022.

Im Jahr 2022 wurden zwei versuchte Tötungsdelikte gezählt. Im Vorjahr waren es zwei versuchte und ein vollendetes Tötungsdelikt.

Den Anschluss an bürgerlich-demokratische Kreise zu erreichen, bleibe das Ziel von Rechtsextremisten, wie es im Bericht weiter heißt. Zu Beginn des Berichtsjahres 2022 seien noch die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen instrumentalisiert worden. Nach deren Lockerungen/Beendigung seien im Herbst und Winter die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie die Inflation und eine drohende Energiekrise Themenschwerpunkte rechtsextremistischer Agitation. Wichtige Erlebniskultur für den Transport rechtsextremistischen Gedankenguts seien Musik und Kampfsport. Ebenso sei die Onlinevernetzung über Chatgruppen in Messenger-Diensten wichtig.

Rechtsextremismuspotenzial bestehe insbesondere im Verdachtsfall „Alternative für Deutschland“ (AfD). Mit noch nicht rechtskräftigem erstinstanzlichem Urteil vom 8. März 2022 habe das Verwaltungsgericht (VG) Köln (Nordrhein-Westfalen) die durch das BfV vorgenommene Einstufung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) als Verdachtsfall, bestätigt. In Verlautbarungen der Partei und einer Reihe von Funktionsträgern komme laut dem Bericht ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis sowie fremden- und minderheitenfeindliche und muslim- und islamfeindliche Positionen zum Ausdruck, welche im Widerspruch zur Offenheit des Volksbegriffs beziehungsweise zur Garantie der Menschenwürde nach dem Grundgesetz stehen würde. Daneben seien Diffamierungen und Verunglimpfungen politischer Gegner sowie des Staates und seiner Repräsentanten festzustellen, die nicht eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel habe. Innerhalb der AfD würden extremistische Strömungen zudem gestärkt aus den Vorstandsneuwahlen auf dem Bundesparteitag im Juni 2022 hervorgehen. Nach eigener Aussage hatte die 2013 gegründete Partei im Juli 2022 circa 28.500 Mitglieder. Es sei schätzungsweise ein extremistisches Personenpotenzial von etwa 10.000 Personen innerhalb der AfD anzunehmen. Angesichts der weiterhin bestehenden inhaltlichen Heterogenität innerhalb der Partei könnten nicht alle Parteimitglieder als Anhänger der extremistischen Strömungen betrachtet werden.

Die 2013 gegründete „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) sei zudem seit Januar 2019 vom BfV als Verdachtsfall eingestuft. Nach Ansicht des VG Köln würden tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine zentrale politische Zielvorstellung der JA der Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand sei und ethnisch „Fremde“ nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollten.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

Das Personenpotenzial ist erneut um 2.000 gestiegen und beträgt nun insgesamt 23.000 Personen. Gewaltorientiert seien rund 2.300 Personen. Themen der Szene waren insbesondere die Corona-Schutzmaßnahmen sowie Narrative der russischen Staatspropaganda im Rahmen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Das hohe Gewaltpotenzial in der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ werde des Weiteren häufig durch massive Widerstandshandlungen gegen staatliche Maßnahmen, auch unter Einsatz von Waffen deutlich. So wurde im Februar 2022 während einer Verkehrskontrolle ein Polizist durch einen Angehörigen der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene mit dem Auto überfahren und schwer verletzt. Im April 2022 kam es während einer Durchsuchung zur Sicherstellung von Waffen bei einem als „Reichsbürger“ bekannten Mann zu einem Schusswaffeneinsatz. Das Gefährdungspotenzial durch die Waffenaffinität vieler Szeneangehöriger bestehe fort. Bis Ende 2022 sei es zu Entziehungen waffenrechtlicher Erlaubnisse bei mindestens 1.100 „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ gekommen. Ende 2022 verfügten noch etwa 400 über mindestens eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Linksextremismus

Insgesamt 36.500 Personen seien diesem Spektrum zuzurechnen, was ebenfalls einen Anstieg bedeute. Mehr als jeder vierte Linksextremist sei als gewaltorientiert einzuschätzen. Einzelne besonders erhebliche Angriffe, zahlreiche Körperverletzungen und die regelmäßig verursachten hohen Schadenssummen durch Brandstiftungen oder Sachbeschädigungen würden das unverändert hohe Gefahrenpotenzial durch Linksextremisten zeigen.

Rechtsextremismus und Migrationspolitik

Rechtsextremisten agitieren gegen die Sanktionen gegen Russland und die Migrationspolitik der Bundesregierung und der EU. So werden zwar ukrainische Staatsangehörige als legitime Schutzsuchende gesehen, nicht europäischen Flüchtlingen schlägt hingegen weiterhin Hass entgegen. Nach Ansicht vieler Rechtsextremisten werden die im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine erleichterten Einreisemodalitäten in die EU von aus Afrika oder dem Nahen Osten stammenden Flüchtlingen gezielt ausgenutzt. Diese kämen gemeinsam mit den „echten“ Flüchtlingen – gemeint sind ukrainische Kriegsflüchtlinge – über die Grenze.

Angriffe auf Geflüchtete

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten gegen Asylunterkünfte stieg im Jahr 2022 (2022: 71, 2021: 60). Die Zahl der Gewalttaten gegen Asylunterkünfte stieg leicht (2022: 6, 2021: 5); hierzu gehörten im Berichtsjahr 4 Brandanschläge (2021: 1).

Radikalisierungen im Netz

Vermehrt werden minderjährige Akteure bekannt, die zum Teil die Schwelle zur Strafmündigkeit noch nicht überschritten haben, sich aber zumindest verbal extremistisch und gewaltbereit äußern. Die oft nur mit großem Aufwand identifizierbaren Personen nutzen neben Telegram primär alternative Internetplattformen für den Austausch mit Gleichgesinnten. Eine hervorgehobene Bedeutung kommt dabei nicht regulierten Imageboards zu, in denen Gewaltdarstellungen und rechtsterroristische Manifeste kursieren. Auf diesen Plattformen bilden sich digitale „Echokammern“, in denen Radikalisierungsprozesse initiiert und beschleunigt werden können. Bereits einzelne rechtsextremistische Ideologiefragmente reichen zur Identifikation mit der Szene aus, auf die in der Regel eine rasante Radikalisierung innerhalb weniger Monate folgt. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die virtuelle Vernetzung innerhalb dieses Personenkreises, die jedoch nicht der Bildung fester Organisationsstrukturen, sondern vielmehr dem Austausch rechtsextremistischer, gewaltverherrlichender und menschenverachtender Medien und Äußerungen dient.

Weitere Gruppen

Im Vergleich zum Vorjahr würde sich im Bereich Islamismus/islamistischer Terrorismus ein leicht verringertes Personenpotenzial von 27.480 Personen (2021: 28.290) ergeben. Die salafistische Szene zeige sich nach der Pandemie wieder aktiver. Insbesondere auch der Identifizierung sowie Aufklärung von Finanzaktivitäten islamistischer sowie extremistischer Einzelpersonen und Organisationen würde eine besondere Bedeutung zukommen.

Das Personenpotenzial im auslandsbezogenen Extremismus habe sich im Jahr 2022 auf insgesamt 29.750 Personen belaufen; ein Anstieg um 3,8 Prozent zum Vorjahr. Die zahlenmäßig bedeutsamste Organisation in Deutschland sei weiterhin die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) mit 14.500 Anhängern.

Anmerkung:

Das Personenpotenzial rechts- und linksextremer Gruppen erscheint den Zahlen nach nahezu vergleichbar. Auch gibt es viele gewaltorientierte Linksextreme, die in etwa auf die Zahl der gewaltorientierten AfD-Mitglieder kommt. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass es zahlreiche weitere gewaltorientierte Personen gibt, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Hinzu kommt die hohe und weiterhin steigende Zahl sog. Reichsbürger, die inhaltlich zahlreiche Überschneidungen zu Rechtsextremen aufweisen. Gerade die Kommunen und ihre Beschäftigten haben regelmäßig mit Reichsbürgern zu tun. Daher gilt es präventive Maßnahmen zum Schutz der kommunalen Beschäftigten zu treffen und repressiv gegen Reichsbürger vorzugehen. Diese Potenziale im „rechtsextremen Lager“ zeigen, dass insbesondere rechtsextreme Gewalt nicht unterschätzt werden darf. Besonders besorgniserregend ist, dass vor allem junge Menschen sich zunehmend radikalieren und sich extremistisch sowie gewaltbereit zeigen. Besonders im digitalen Raum besteht ein exponentielles Mobilisierungspotenzial, welches der Rechtsstaat im Blick haben und frühzeitig zum Schutz der Demokratie bekämpfen muss. Hierzu bedarf es repressiver und präventiver Maßnahmen der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden sowie mehr Aufklärung, mehr politische Bildung in den Schulen, der Jugendarbeit bis zu Demokratiewerkstätten vor Ort und Phänomen übergreifender Extremismusprävention. Besorgniserregend und ebenfalls nicht tolerierbar sind Einstellungen und Angriffe gegen Geflüchtete. Hier gilt es, die Schutzkonzepte in den Unterkünften weiter auszubauen und konsequent gegen Täter vorzugehen.

Wichtig ist aber auch, auf allen staatlichen Ebenen die Ursachen für diese Radikalisierungstendenzen zu identifizieren und so frühzeitig wie möglich dagegen zu steuern. Hier sind alle Ebenen gefragt, die Sicherheitsbehörden in Bund und Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft.

Ähnlich wie in vergangenen Krisen dürfte die Angst vor Wohlstandsverlusten in Teilen der Bevölkerung verankert sein. Dies zeigt, dass soziale Sicherheit in Deutschland und der Schutz vor Altersarmut im Fokus der politischen Diskussion bleiben müssen. Neben politischen Lösungen für Menschen, die auf den Staat angewiesen sind, wird es jedoch auch wichtig sein, Wohlstandsverluste durch angemessene Lohnerhöhungen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Blick zu nehmen. Denn die inflationsbedingte Geldentwertung und der Verlust an Kaufkraft können den Nährboden für Radikalisierung bilden.

(Quelle: DStGB-Aktuell 2523-01)

sch-ru